

Die europäischen Parteien

PETER M. WAGNER

Trotz unterschiedlicher Aktivitäten im Detail war die Arbeit der europäischen Parteien im wesentlichen von drei Punkten bestimmt: Konkreten organisatorischen Veränderungen im Hinblick auf die bevorstehende EU-Osterweiterung, inhaltlichen Vorbereitungen für die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1999 sowie strukturellen Maßnahmen für eine verbesserte Zusammenarbeit der Mitgliedsparteien auf europäischer Ebene. Durch Neuaufnahmen vor allem mittel- und osteuropäischer Parteien und Änderungen im Status dieser Gruppierungen kam es dabei zu einer weiteren Angleichung des Integrationsstandes innerhalb der großen europäischen Parteien.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

Die seit 1992 in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zusammengefaßten sozialistischen, sozialdemokratischen und Arbeiter-Parteien bilden mit 213 Abgeordneten nicht nur weiterhin die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament, sondern sind auch auf anderen Ebenen die zahlenmäßig bedeutendste Gruppierung:¹ Neun der 20 EU-Kommissare gehören der SPE an. In neun EU-Staaten stellen SPE-Mitgliedsparteien den Regierungschef (Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Vereinigtes Königreich). In drei weiteren Staaten sind SPE-Mitgliedsparteien an der Regierung beteiligt (Belgien, Luxemburg, Italien).

Die interne Arbeit der SPE wurde neben den Treffen der Parteigremien wieder von einer Vielzahl von Arbeitsgruppen und „Runden Tischen“ zu aktuellen politischen Themen bestimmt. Die 1997 beschlossene „Verlagerung des Schwerpunkts von der internen Koordinierung auf das äußere Erscheinungsbild zur Förderung eines Öffentlichkeitsprofils der SPE“² wurde allerdings nur teilweise erreicht. Die öffentliche Wahrnehmung der Partei wird statt dessen weiterhin stark von der Arbeit der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament bestimmt. Hinzu kommen zahlreiche Treffen der SPE-Mitglieder des EU-Ministerrates, die zumeist zweimal jährlich stattfinden, um – den Themen der Fachministerräte entsprechend – sozialdemokratische Positionen und Initiativen abzustimmen. Die angestrebte breite Berichterstattung in den Medien soll zudem durch Konferenzen der SPE-Parteivorsitzenden erreicht werden, die sich beispielsweise Mitte Juni 1997 unmittelbar vor dem EU-Gipfel in Cardiff trafen. In der öffentlichen Wahrnehmung wie in der politischen Praxis bedeutete die starke Vertretung von SPE-Politikern in Regierungen von EU-Mitgliedstaaten somit eine weitere Betonung des intergouvernementalen Aspektes:³ Die Zusammenarbeit zwischen SPE-Regierungsmitgliedern rückt in den Mittelpunkt.

Für die Europawahl im Juni 1999 will die weiter von Rudolf Scharping (SPD) geführte Partei ein gemeinsames Wahlmanifest erarbeiten. Bei ihrer Konklave am 7. April 1998 in London ernannten die SPE-Parteivorsitzenden den britischen Außenminister Robin Cook zum Vorsitzenden einer entsprechenden Arbeitsgruppe. Nach einem zuvor bereits beschlossenen Zeitplan soll bis Mitte Oktober 1998 ein erster Textentwurf vorliegen. Dieser soll in den verschiedenen Gremien beraten und beim vierten SPE-Kongreß am 1./2. März 1999 in Mailand als gemeinsames Wahlmanifest aller Mitgliedsparteien verabschiedet werden.

Der SPE gehören derzeit 21 Parteien aus den EU-Staaten, Norwegen und Zypern an. Hinzu kommen zwei assoziierte (Island und Schweiz) sowie 17 Parteien mit Beobachterstatus, die überwiegend aus jenen mittel- und osteuropäischen Staaten kommen, die sich um eine Mitgliedschaft in der EU beworben haben. Mit diesen Gruppen arbeitet die SPE auch im „Europäischen Forum für Demokratie und Solidarität“ zusammen, das die sozialdemokratischen Parteien in Mittel- und Osteuropa unterstützt. Der „Organisation der sozialistischen Jugend der Europäischen Union“ (ECOSY) gehören 24 Mitgliedsgruppierungen, 16 assoziierte Vereinigungen und neun Beobachter an.

Die Europäische Volkspartei (EVP)

Nachdem sich die von der EVP Ende 1995 geschaffenen neuen Strukturen eingepiegt und bewährt haben, hat sich die Partei zuletzt stark mit der Frage ihrer Mehrheitsfähigkeit vor allem im EP beschäftigt:⁴ Obwohl die in der EVP zusammengeschlossenen Parteien bei der Europawahl 1994 zusammen 37,2% der abgegebenen Stimmen erhielten und damit nur knapp hinter den SPE-Parteien (40,3%) lagen, erhielten die Christdemokraten nur 157 Sitze (27,7%), die SPE aber 198 Mandate (34,9%). Ein wesentlicher Grund hierfür liegt im unterschiedlichen Wahlrecht innerhalb der Mitgliedstaaten. So schlug sich der Wahlsieg der britischen Labour Party bei der Europawahl aufgrund des dortigen Mehrheitswahlrechtes in überproportional vielen Sitzen nieder. Neben der Hoffnung auf die Einführung eines einheitlichen Wahlrechtes will die EVP mit ihrem seit 1990 amtierenden Präsidenten Wilfried Martens (CVP, Belgien) auch eigene Schritte unternehmen, um eine Mehrheitsfähigkeit im EP strukturell zu erleichtern. Ziel ist es, den Kern traditionell christdemokratischer Parteien „um Parteien anderer politischer Tradition, aber vergleichbaren Programms“⁵ zu erweitern.

Konkretes Entwicklungspotential sieht die EVP dabei im zersplitterten Lager der französischen Konservativen sowie bei den Nachfolgeparteien der italienischen Democrazia Cristiana. Im Juni 1998 konnten die Befürworter dieser auch EVP-intern nicht unumstrittenen Strategie einen ersten Erfolg verzeichnen:⁶ 20 der 24 Abgeordneten der italienischen Forza Europa von Silvio Berlusconi traten der EVP-Fraktion bei. Diese hat damit 200 Mitglieder und sieht eine reelle Möglichkeit, in der nächsten Legislaturperiode die stärkste Parlamentsfraktion zu werden. Ähnliche Annäherungsschritte zwischen der Forza und der EVP hatte es zuvor bereits im Europarat, bei der WEU und im Ausschuß der Regionen gegeben.

Ein anderer Schritt zur Verbesserung der strukturellen Mehrheitsfähigkeit ist die Integration der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) in die EVP, die im Frühjahr 1999 abgeschlossen sein soll.⁷ Hierbei geht es vor allem darum, nahestehende Parteien aus den noch nicht vollständig ausdifferenzierten Parteiensystemen der Staaten Mittel- und Osteuropas schon früh enger in die EVP einzubinden. Wie im November 1997 auf dem XII. EVP-Kongreß von Toulouse beschlossen, können nunmehr auch solche Parteien assoziierte EVP-Mitglieder werden, die aus einem Land kommen, das einen Beitrittsantrag zur EU gestellt hat. Hintergrund dessen ist die Erkenntnis, daß die SPE bei der Integration der mittel- und osteuropäischen Parteien weiter vorangeschritten ist. Hinzu kamen Überlegungen, daß auch in diesen zukünftigen Mitgliedstaaten bei einer Konzentration auf traditionell christdemokratische Parteien lediglich rund 10% der möglichen Mandate im EP der EVP-Fraktion zufallen dürften. Im Jahr 1997 nahm die EVP insgesamt neun Beobachterparteien aus mittelosteuropäischen Staaten auf.⁸ 1998 kamen das Demokratische Forum (MDF, Ungarn) und die Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien (RMDSZ) als Beobachter hinzu, die rumänische Partidul National Taranesc, crestind i democrat (PNTCD), die litauische Lietuvos Krikscioniu Demokratu Partija (LKDP), die bulgarische Union der demokratischen Kräfte (UDF) und die polnische Freiheits-Union (UW) wurden assoziierte Mitglieder. Die Rinnovamento Italiano (RI, Italien) wurde im Juli 1998 als Vollmitglied aufgenommen. Im Oktober 1997 wurden die „European Democratic Students“ (jetzt: EDS – Die EVP-Studenten) als Vereinigung in die EVP aufgenommen. Sie kümmern sich in Ergänzung zur Nachwuchsorganisation „Junge EVP“ vor allem um hochschulpolitische Themen. Die Zahl der anerkannten Vereinigungen in der EVP erhöhte sich damit auf sieben; die Zahl der EVP-Vollmitgliedsparteien lag im Juli 1998 bei 22, hinzu kamen acht assoziierte Mitglieder und zehn Beobachter.

Die Vorbereitungen für ein EVP-Wahlprogramm sollen bis zum EVP-Kongreß im Februar 1999 in Brüssel abgeschlossen sein. Das Programm stützt sich zum einen auf bereits beim Kongreß in Toulouse verabschiedete Kapitel⁹ sowie neue Passagen, die derzeit noch erarbeitet werden. Neben der Vorbereitung des Europawahlkampfes dürfte die Integration der neuen EVP-Mitgliedsparteien sowie die Schaffung einer gemeinsamen, über klassisch christdemokratische Werte hinausgehenden Identität der Partei gehören.

Die Europäische Liberale und Demokratische Reform-Partei (ELDR)

Mit dem Thema „Beschäftigung – die Zukunft der Arbeit“, das auch im Europawahlkampf eine große Rolle spielen soll, beschäftigten sich die europäischen Liberalen bei ihrem Parteitag vom 10.-12. September 1997 in Brüssel.¹⁰ In der ausführlichen Diskussion einer von Pat Cox (Irish Independent) präsentierten Resolution traten unterschiedliche Auffassungen von Interventionisten und stärker marktwirtschaftlich orientierten Gruppierungen in der ELDR zutage. Bereits seit Januar 1997 beschäftigt sich die Partei intensiv mit den Vorbereitungen für die Europawahl. Ein gemeinsames Manifest hierfür soll im Frühjahr 1999 bei einem Kongreß verab-

schiedet werden. Für den Wahlkampf bietet das Generalsekretariat zum einen technische Unterstützung der Mitgliedsparteien an, zum anderen wird über die Aufstellung einer Gruppe ehemaliger liberaler Spitzenpolitiker wie Hans-Dietrich Genscher und Roy Jenkins nachgedacht, um die liberale Botschaft über europaweit bekannte Personen besser vermitteln zu können. Eine Personalisierung der Europawahl könnte nach Überlegungen der Partei auch dadurch erreicht werden, daß die Mitgliedsparteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten einigen und die ELDR-Fraktion sich stärker am Wahlkampf beteiligt.

Beim Parteitag in Brüssel wurde Uffe Ellemann-Jensen (Venstre, Dänemark) in seinem Amt als ELDR-Präsident bestätigt. Mit Kalman Petöcz (Ungarische Bürgerpartei, Slowakei) wurde erstmals ein Vertreter der mittel- und osteuropäischen Vollmitglieder ins Präsidium gewählt. Die Jugendorganisation Liberal and Radical Youth Movement of the European Union (LYMEC) erhielt einen Sitz ohne Stimmrecht im ELDR-Vorstand. Trotz einer positiven Grundsatzentscheidung aus dem Jahr 1996 wurde keine Entscheidung darüber getroffen, wie eine künftig mögliche, individuelle Mitgliedschaft in der ELDR konkret ausgestaltet sein soll.

Die Ende 1996 mit dem Übertritt der portugiesischen PSD zur EVP erfolgte Schwächung der ELDR im Europaparlament konnte nicht ausgeglichen werden; die Fraktion besteht weiterhin aus 41 Abgeordneten.¹¹ Aufgrund der 1996 beschlossenen Öffnung gegenüber liberalen Parteien aus den mittel- und osteuropäischen Staaten gewann die ELDR allerdings insgesamt an Stärke: 1997 wurden die assoziierten Mitglieder Szabad Demokraták Szövetsége (SzDSz, Ungarn), die Magyar Polgári Párt – Madarská občianska strana (MPP-MOS, Slowakei), die Liberale Partei Bosnien-Herzegowinas (LS-BIH), die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP, Schweiz) und die Partito Liberale (PL, Italien) als Vollmitglieder in die Partei aufgenommen. Das Coexistence Movement (Slowakei), das Centro Sąjunga (Litauen), die rumänische Nationalpartei, die makedonischen Liberal-Demokraten und die Liberalu Sąjunga (Litauen) kamen als assoziierte Mitglieder hinzu. Im Sommer 1990 nahm die ELDR noch die Liberale Partei Kroatiens als assoziiertes sowie die slowenischen Liberal-Demokraten als normales Mitglied auf. Die ELDR hat damit 24 Mitgliedsparteien und 15 assoziierte Mitglieder; neun ELDR-Mitgliedsparteien sind an Regierungen beteiligt.

Die Europäische Föderation Grüner Parteien (EFGP)

Wie schon seit längerem zu beobachten, sind die in der EFGP zusammengeschlossenen „Europäischen Grünen“ zusehends bemüht, ihr gemeinsames programmatisches Profil besser abzustimmen und den organisatorischen Rahmen ihrer europaweiten Arbeit zu verbessern.¹² Dazu gehört, daß die Föderation künftig verstärkt kleinere und finanzschwache Mitgliedsverbände unterstützen will.¹³ Nach dem ersten Treffen der Parteiführer im Mai 1997 in Berlin kamen die Führungsorgane – Ausschuß und Rat der EFGP – mehrfach zusammen. Bei seiner Sitzung vom 27.-28. März 1998 in Helsinki beschäftigte sich der 6. EFGP-Rat – das höchste

Beschlußgremium zwischen den alle drei Jahren stattfindenden Parteikongressen – vor allem mit der EU-Osterweiterung, der Währungsunion mit der bevorstehenden Einführung des Euro sowie der Europawahl 1999. Hierfür will die Partei ein gemeinsames Manifest vorlegen, das im November 1998 beim 7. EFGP-Rat weiter beraten und vom 26.-28. Februar 1999 beim 3. Parteikongreß in Paris verabschiedet werden soll.

Nach der Aufnahme der zypriotischen Grünen im März 1998 hat die EFGP derzeit 30 Mitgliedsparteien, die in 17 nationalen Parlamenten vertreten sind. Dazu gehören Grüne aus Georgien, Rußland und der Ukraine, deren Staaten noch keinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt haben, aber beispielsweise auch die EU-skeptischen schwedischen Grünen. Diese setzen sich für den Austritt ihres Landes aus der EU ein und fordern zeitgleich mit der nächsten Europawahl ein Referendum hierzu sowie zur Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Währungsunion. Nicht zuletzt diese heterogene Struktur bei der ideologischen Ausrichtung ihrer Mitgliedsparteien erschwert der EFGP weiterhin den Aufbau einer effektiven europaweiten Organisation, wie beispielsweise eine zum sechsten Treffen des EFGP-Rates eingebrachte Resolution zeigt, in der ein verbesserter Austausch von Informationen über Standpunkte der einzelnen Mitgliedsparteien gefordert wurde.¹⁴ EFGP-Sprecher sind Niki Kortvelyessy (Großbritannien) und Franz Floss (Österreich); die Grünen-Fraktion im Europaparlament besteht nach dem Eintritt zweier Labour-Abgeordneter aus 29 Parlamentariern.

Ausblick

Viele der künftigen Entwicklungen im europäischen Parteiensystem dürften vom Ausgang der Europawahl abhängen. Sollte die EVP dabei zu einem europaweit guten Wahlergebnis kommen und die der Parlamentsfraktion angehörenden Parteien auch künftig zusammenhalten, dann wäre die erstmalige Ablösung der SPE als stärkste Gruppe seit 1975 möglich. Zugunsten der EVP spricht auch der seit längerem zu beobachtende Trend zur Bipolarität im Europäische Parlament. Bereits jetzt verfügen die beiden großen Parteien dort über knapp zwei Drittel der Mandate. Sollte diese Tendenz sich fortsetzen, gewännen SPE und EVP weiter an Attraktivität für die kleineren Parteien, die nur noch durch Anbindung an eine der beiden großen Fraktionen ein Mindestmaß an Einfluß behalten könnten. Die SPE hat dabei ihr Potential für Mitgliederzuwächse aus den bisherigen EU-Mitgliedstaaten stärker ausgeschöpft als die EVP. Offen bleibt zunächst, welche Auswirkungen eine weitere Öffnung der Fraktionen auf die europäischen Parteien hätte, die zum einen weiter nach ihrer jeweils gemeinsamen Identität suchen sowie zum anderen weiter auf eine konkrete Ausgestaltung ihrer in Art. 138a EGV beschriebenen Mitwirkung beim Integrationsprozeß hoffen müssen.

Anmerkungen

1 Die folgenden Passagen basieren – soweit nicht anderweitig belegt – auf den fortlaufen-

den Ausgaben von „News & Events: PES Online“ für 1997/98. Für einen Überblick zur

- Entwicklung der Fraktionsstärken im Europaparlament siehe auch Welle, Klaus: Anmerkungen zur Entwicklung der Kräfteverhältnisse im EP 1953-1996, in: Rinsche, Günther, Ingo Friedrich (Hrsg.): Europa als Auftrag, Weimar 1997, S. 333-339.
- 2 So eines der zentralen Ziele im „Aktionsplan 1997-1999“ mit dem Titel „Von interner Koordination zum äußeren Erscheinungsbild“, angenommen beim dritten SPE-Kongreß am 7. Juni 1997 in Malmö.
 - 3 Vgl. dazu auch Jansen, Thomas: Die europäischen Parteien, in: Weidenfeld, Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch 1996/97, S. 267-272, hier S. 268.
 - 4 Vgl. hierzu sowie zu den folgenden Zahlen und Überlegungen innerhalb der EVP: Muß das Europäische Parlament sozialistisch sein?, Rede von Klaus Welle, Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, vom 13. Februar 1997 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, abgedruckt in: EVP/EUCD Jahrbuch '97, hrsg. von der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, Brüssel 1998, S. 205-215.
 - 5 Ebd., S. 214. Als Beispiele anlässlich der Norderweiterung werden die finnische Kokomus und die schwedische Moderata genannt.
 - 6 Vgl. EVP News Nr. 150 - 1998. Die italienischen EVP-Mitgliedsparteien Cdu und CCD befürworteten den Schritt, die PPI war dagegen. Zu kritischen Stimmen auch innerhalb der EVP siehe „Mit Italiens Medienmogul zu mehr Macht im Europa-Parlament“ in: Berliner Morgenpost v. 17.5.1998.
 - 7 Vgl. zum folgenden EVP News Nr. 107 (1997) bis Nr. 154 (1998).
 - 8 Die Union Demokratischer Kräfte (UDK, Bulgarien), die Isamaalitt-Pro Patria Union (Estland), die Lietuvos Krikscioniu Demokrata Partija (LKDP, Litauen), die Partidul National Taranesc, crestini i democrat (PNTCD, Rumänien), die Krestanskodemokraticke Hnutie (KDH, Slowakei), die Magyar Kereszténydemokrata Mozgalom (MKDM, Slowakei), die Slovenski Krscanski Demokrati (SKD, Slowenien), die Krestanska a demokraticka unie - Ceskoslovenska Strana Lidova (KDU-CSL, Tschechien), die Obconska Demokraticke Aliance (ODA, Tschechien).
 - 9 „Wir sind ein Teil der Welt“, Dokument zum XII. Kongreß der EVP, Toulouse, 9.-11. November 1997. Die Kapitel tragen die Titel „Reform des Europäischen Sozialmodells“, „Herausforderungen durch die Globalisierung des Verbrechens“, „Einwanderungs- und Asylrecht“, „Europas Verantwortung in der Prävention und Lösung regionaler Konflikte“, „Bewahrung der Schöpfung“.
 - 10 Vgl. hierzu die vom Generalsekretariat herausgegebenen ELDR-Newsletter für 1997 und 1998, bes. 1 (1998), deutschsprachige Ausgabe, die vom Parteikongreß am 12. September 1997 verabschiedete Resolution „Creating Employment - the Future of Work“ und den Entwurf „ELDR Strategy in the run-up to the 1999 European Elections“.
 - 11 Vgl. hierzu sowie zum folgenden das News Bulletin der ELDR-Gruppe im Europaparlament, die ELDR-Newsletter und „ELDR - Short History“, Brüssel 1997.
 - 12 Vgl. Dietz, Thomas: Die „Europäischen Grünen“ - Auf dem Weg zu einer europäischen Partei?, in: *integration* 2 (1997), S. 84-87.
 - 13 Vgl. hierzu sowie zum folgenden „update“. Newsletter for the European Federation of Green Parties 10/11 (1997); 1 bis 4 (1998); „summer issue of update“ (nur als e-mail-Version verschickt).
 - 14 Vgl. „Resolution on Information Exchange“, vorgelegt von Ecolo (Belgien) zum Treffen des EFGP-Rates vom 27.-29. März 1998 in Helsinki.

Weiterführende Literatur

- Jansen, Thomas: The European People's Party: Origins and Developments, Basingstoke 1998.
- Raunio, Tapio: The European Perspective: Transnational Party Groups in the 1989-1994 European Parliament, Aldershot 1997.
- Hix, Simon, Christopher Lord: Political Parties in the European Union, Basingstoke 1997.
- Kuper, Ernst, Uwe Jun (Hrsg.): Nationales Inter-

esse und integrative Politik in transnationalen parlamentarischen Versammlungen, Opladen 1997.

- Neßler, Volker: Europäische Willensbildung. Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach/Ts. 1997.